

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 5 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 13.4.2011

Unter uns

Eine Studie belegt, dass mit etwa 1,4 Millionen Menschen mehr Muslimas und Muslime in NRW leben als gedacht. Die Hälfte engagiert sich in Vereinen, Verbänden oder Organisationen. Gehört der Islam zu NRW?

S. 3 Gut gefördert?

Viele Arbeitslose organisieren sich in Gruppen und helfen einander, den Weg zurück in den Job zu finden. Das Land fördert solche Initiativen unter bestimmten Voraussetzungen. Den Linken sind die Hürden dafür zu hoch.

S. 6 Strom-Strategien S. 7-11, 13

Fukushima ist eine Zäsur. Woher soll künftig der Strom kommen? Die Abgeordneten des Landtags debattieren Für und Wider, Rahmenbedingungen und Chancen für Energiequellen wie Atom, Kohle, Gas und Wind.

Krach von Kindern S. 15

Wenn Kinder spielen, lachen und toben, kann es laut werden. Schöner Lärm: Die Landesregierung will Kinderkrach und Industrielärm nicht länger gleich behandeln. Dafür gibt es Lob von Sachverständigen.



Energiewelten

Debatten unter Spannung zum Strom der Zukunft

Energische Argumente

Das Erdbeben von Japan und die damit verbundene dramatische Lage im Atomkraftwerk Fukushima haben die Gefahren der Kernkraft neu ins Bewusstsein gerückt. Die Menschen sind skeptisch. In NRW sind zwar keine Atomkraftwerke in Betrieb, aber die Urananreicherungsanlage Gronau, das Zwischenlager Ahaus und das Forschungszentrum Jülich. Kernkraftwerke stehen hinter der nordrhein-westfälischen Grenze in Niedersachsen und Belgien.

Will man sich von der Atomenergie verabschieden, eröffnen sich auf den ersten Blick genügend Alternativen in NRW. Es gibt heimische Stein- und Braunkohle, nun ist auch noch die Rede von unkonventionellem Erdgas, das auf viele Blasen verteilt in Gesteinsschichten unter dem Münsterland schlummern soll. Daneben gibt es die unerschöpflichen erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser oder Erdwärme. Auch mit besserer Energieeffizienz und der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung lasse sich ein guter Teil des Energiehunger im dichtbesiedelten Industrieland NRW stillen, sagen Fachleute. Schließlich liegt im Energiehunger selbst ein Teil der Lösung: wenn Bürgerinnen, Bürger und Industrie ihren Verbrauch senken, mehr Bewusstsein dafür entwickeln, Ressourcen zu schonen. Zahlreiche Potenziale – alles in Butter also?

Der Teufel steckt im Detail. Denn jede Form der Energiegewinnung bietet Herausforderungen und Chancen, Vor- oder Nachteile, je nachdem, aus welchem Blickwinkel heraus betrachtet. Es gilt, alle Energiequellen auf den

Prüfstand zu stellen und dann zu einem Energiemix der Zukunft zu gelangen, für den möglichst schnell die Weichen gestellt werden müssen.

KOHLE? GAS? WINDKRAFT?

Die Politik diskutiert: Was bedeutet die Skepsis gegenüber der Atomkraft für NRW? Wie gelingt eine größtmögliche Unabhängigkeit von Energie aus dem Ausland? Wie steht es mit modernen, effizienteren Kohlekraftwerken? Lassen sich die münsterländischen Gasvorkommen nutzen, und wenn ja, zu welchem Preis? Wie viel Rückenwind soll die Windkraft bekommen? Bei all den Fragen sind nicht nur Sachverstand und Expertenrat gefragt, sondern auch die Belange der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Manche Menschen befürchten, bei Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas könnten giftige Chemikalien ins Grundwasser gelangen. Andere fühlen sich durch Windräder beeinträchtigt. Wieder andere finden es absurd, angesichts des Klimawandels vermehrt Kohle zu verfeuern und CO₂ in die Atmosphäre zu blasen. Und was ist mit den Menschen, die sich potenziell teureren Strom nicht leisten können? Nach Fukushima ist für alle Fraktionen im Landtag klar: Sicherheit geht vor. Auf dem Weg zum konkreten Energiemix der Zukunft aber sind noch einige Knoten zu durchschlagen – mit der Kraft der Argumente.

SOW



Schwerpunkt: Energiepolitik

| | |
|--|--------------|
| Fukushima verändert | 7 |
| Datteln und das neue Denken | 8 |
| Gefüllte Blasen | 9 |
| Schlag auf Schlag | 10-11 |
| Rückenwind und Gegenwind | 13 |

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

| | |
|--|----------|
| Integration: Islam-Debatte beschäftigt Landtag | 3 |
| Finanzen: Schuldenfinanzierte Zukunft? | 4 |
| Bildung: Der erste Schultag | 5 |
| Soziales: Geld zur Selbsthilfe | 6 |

Aus den Ausschüssen:

| | |
|---|--------------|
| Meldungen | 14 |
| Kinder: Krachmacherstraße | 15 |
| Medien: Teurere Töne | 18 |
| Gesetzgebung | 12 |
| Aus den Fraktionen | 16-17 |
| Portrait: Reiner Priggen (Grüne) | 19 |
| Impressum | 19 |
| Termine | 20 |



Foto: Schälte

Islam-Debatte beschäftigt Landtag

Integrationsminister stellt neue NRW-Studie vor

31. März 2011 – Zwei Tage nach der Deutschen Islamkonferenz hat der Landtag über die Integration von muslimischen Menschen in NRW debattiert: Zwischen 1,3 und 1,5 Millionen von ihnen leben derzeit im bevölkerungsreichsten Bundesland, stellte Integrationsminister Guntram Schneider die Ergebnisse einer Landesstudie vor. In den Wochen zuvor hatten islamkritische Aussagen des neuen Bundesinnenministers die Islam-Debatte neu entfacht. Nach ihm gehören heute zwar die Muslimas und Muslime, geschichtlich jedoch nicht der Islam zu Deutschland.

„Dialog auf Augenhöhe erreicht man nicht, wenn im Vorfeld der Konferenz wieder eine Debatte geführt wird, ob der Islam überhaupt zu Deutschland gehört“, kritisierte Integrationsminister Guntram Schneider (SPD). Gleichzeitig lobte er die neue Studie „Muslimisches Leben in NRW“, die mit Halbwissen und Klischees aufräume und eine sehr heterogene Gruppe beschreibe: 46 Prozent der 1,3 bis 1,5 Millionen Muslime in NRW seien deutsche Staatsangehörige. 99 Prozent von ihnen wünschten sich stärkeren Kontakt zu Deutschen, jeder zweite sei in einem Verein aktiv, betonte Schneider. Das Land müsse ihre Situation vor allem bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Historisch sei der Islam nicht Teil der Bundesrepublik, sagte Michael Solf (CDU). Allerdings habe sich dies in den letzten beiden Generationen ge-

ändert. „Damit ist der Islam heute natürlich Teil Deutschlands“, betonte der CDU-Politiker. Er forderte daher einen ernsthaften Diskurs über die Rolle des Islams. Dabei sei wichtig, dass es den einen Islam nicht gebe, plädierte Solf für eine differenzierte Betrachtung der Menschen. Gleichzeitig kritisierte er, dass es Rot-Grün offenbar nicht um die Sache, sondern um „politisches Kleingeld“ gehe. Bisher fehle der versprochene Entwurf eines längst überfälligen Integrationsgesetzes für Nordrhein-Westfalen.

„Wir legen demnächst ein Integrationsgesetz vor“, kündigte Bernhard von Grünberg (SPD) an. Bedauerlich sei, dass sich die CDU nicht zu einem gemeinsamen Antrag mit SPD, Grünen und FDP durchgerungen habe. Ausdrücklich lobte von Grünberg die neue Studie, die eine breite Datenbasis liefere. So besuchten ein Drittel der

Muslime regelmäßig eine Moschee. Ein Kopftuch trügen viele Frauen vor allem aus religiösen Gründen – nicht weil der Mann es befehle. „Das muss man akzeptieren“, so von Grünberg. In Bezug auf die Aussage des Bundesinnenministers sagte er: „Das ist geschichtlich falsch und Unsinn.“ Zudem trenne ein solcher Satz eher, als dass er verbinde.

„Ich gehöre zu den Menschen, von denen amtliche Statistiken nicht wissen, was sie eigentlich sind“, stellte der türkischstämmige Arif Ünal (Grüne) fest. Die Studie bringe nun Licht ins Dunkel. 83 Prozent der Befragten befürworteten den in NRW geplanten Islamunterricht. Jedoch hätten elf Prozent der Männer nicht einmal einen Hauptschulabschluss. „Das ist übrigens kein Problem der Glaubenszugehörigkeit“, verwies Ünal stattdessen auf die soziale Herkunft als entscheidenden Faktor. Zudem betonte er, der Islam gehöre zu NRW dazu – immerhin kämen 33 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime hierher. Jeder, der etwas anderes behauptete, blende die Wirklichkeit aus.

Die Äußerungen des Bundesinnenministers seien fragwürdig, befand Dr. Stefan Romberg (FDP). In der Bundesrepublik lebten über vier Millionen Muslimas und Muslime – deshalb gehörten sie und der Islam auch zu Deutschland. „Die Studie zeigt, dass sich die Mehrheit der in unserem Land lebenden Muslime erfolgreich in diese Gesellschaft integriert hat“, betonte Romberg. Integrationsdefizite gebe es jedoch bei Bildung und Arbeitsmarkt: Höhere Abschlüsse erhöhten bei muslimischen Menschen nicht automatisch die Chancen auf einen Job. So bezögen gut neun Prozent der Muslime mit mittlerer Reife Sozialleistungen, während der Anteil bei denjenigen mit Abitur sogar bei 20 Prozent liege.

Hartz IV und schlecht gebildet: Ein solch negatives Bild von Muslimen hätten die Medien anhand der Studie gezeichnet, kritisierte Ali Atalan (Linke). Wer sie gelesen habe, wisse, dass dies nicht ihre zentrale Aussage sei. Vielmehr mache sie klar, dass die Kategorie „Muslim“ nicht existiere, betonte Atalan. Zudem fühlten sich nur wenige muslimische Menschen durch die islamischen Verbände vertreten. Daher sei es fragwürdig, dass Rot-Grün diese als zentrale Partner für den geplanten Islamunterricht sehe. Zur Aussage des Bundesinnenministers sagte Atalan: „Diese Republik ist weder christlich-jüdisch, noch muslimisch, aber auch nicht atheistisch – und das ist gut so.“ *bra*

Der Landtag hat zu diesem Thema einen gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD, Grünen und FDP (Drs. 15/1652) einstimmig angenommen.

Schuldenfinanzierte Zukunft?

Aktuelle Stunde: Streit über ein Gutachten

31. März 2010 – *Betreibt die Regierung Voodoo-Ökonomie, wie CDU und FDP behaupten? Oder stellt deren eigener Antrag, über eine Studie der Landesregierung zur vorbeugenden Politik zu diskutieren, nur „nutzloses Getöse zum Haushalt“ dar? Dieses Prognos-Gutachten spaltet jedenfalls die Geister. SPD und Grüne sehen wie die Linken darin eine wissenschaftliche Untermauerung dafür, dass sich Investitionen in Bildung und Soziales langfristig rechnen. Das hänge aber von vielen anderen Faktoren, so auch der persönlichen Leistungsbereitschaft ab, entgegneten CDU und FDP und bestreiten somit jeglichen Grund für weitere Schulden.*

Das Gutachten belege nicht, dass sich die geschätzten Folgekosten durch soziale Vorbeugung vermeiden ließen, las **Peter Preuß** (CDU) aus dem Schriftstück heraus, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte. Natürlich gebe es Zusammenhänge. Wer etwa besser ausgebildet

Griff zu bekommen. Dazu müsse man heute investieren, so der SPD-Sprecher.

Man könne nicht die kompletten Erkenntnisse der Sozialwissenschaft aus den letzten 50 Jahren ignorieren, verteidigte **Dagmar Hanses**

Allerdings müsse man sich entscheiden, ob man entsprechende Mehrausgaben an anderer Stelle einsparen wolle oder nicht. Der Staat könne jedenfalls nur Initialzündungen geben; entscheidend sei, dass jemand etwas leisten wolle.

„Gott sei Dank ist aus der aktivierenden Sozialpolitik nun die präventive Sozial- und Haushaltspolitik geworden“, unterstützte **Wolfgang Zimmermann** (Linke) das Handeln der Landesregierung. Es gehe ein Stück weit in die richtige Richtung. Für verfehlt hielt er allerdings den Ansatz, dass es immer nur um Kostensenkung gehe. Stattdessen sei zu fragen, was die Maß-



Fotos: Schälte

Peter Preuß (CDU)

Martin Börschel (SPD)

Dagmar Hanses (Grüne)

Ralf Witzel (FDP)

Wolfgang Zimmermann (Linke)

Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)

sei, habe bessere Erwerbschancen. Aber ob diese Chancen tatsächlich genutzt werden könnten, hänge von vielen Faktoren ab. Jedenfalls könne man nicht wissen, welche Effekte man durch vorherige Sozialausgaben erzielen könne. Einen fundierten Beleg dafür, dass es notwendig sein solle, mehr Schulden zu machen, liefere das Gutachten jedenfalls nicht. Die Schuldenpolitik sei gescheitert, betonte der CDU-Sprecher.

„Dass Vorsorge besser ist als Reparatur, ist doch ein seit Langem bekannter Umstand“, entgegnete **Martin Börschel** (SPD). Sie sei besser für die betroffenen Menschen und für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die vorliegende Studie habe erstmals den wirtschaftlichen Effekt von Vorsorge und Reparaturkosten systematisch untersucht. Als Konsequenz müsse jede einzelne Maßnahme daraufhin untersucht werden, wie sie soziale Folgekosten verringern könne. Börschel hielt es für notwendig, das strukturelle Defizit, das für NRW mit 5,6 Milliarden Euro beziffert werde, in den

(Grüne) den „konsequenten Präventionsansatz“ der Landesregierung, der sich durch alle Ressorts, von der Kinder- und Jugendförderung über die Bildung bis hin zur Justiz ziehe. Dieses Handeln „aus einem Guss“ werde sich auf Dauer rechnen. Studien belegten, dass jeder Euro für frühe Hilfe ein Mehrfaches an späteren Kosten einspare. „Ein Intensivtäter kostet die öffentlichen Haushalte bis zu seinem 45. Lebensjahr eine Million Euro. Diese Karrieren müssen wir durchbrechen“, betonte die Grünen-Sprecherin.

Es sei eine Politik „Hoch die Tassen“ frei nach der Philosophie: Die Schulden von heute sind der Wohlstand von morgen. Dies könne nicht funktionieren, meinte **Ralf Witzel** (FDP). Ausdrücklich vermerke das bereits zitierte Gutachten: „Die Wirksamkeit und die Kosten-Nutzen-Relation präventiver Maßnahmen ist dagegen nicht Gegenstand dieser Studie.“ Einen späteren Nutzen von Investitionen in Bildung und Qualifikation bestritt Witzel nicht.

nahmen dem Menschen nützten. Man brauche diese Investitionen völlig unabhängig von dem Gedanken an irgendeine Sozialrendite. Daher müssten die erwarteten Steuermehreinnahmen nicht in die Senkung der Neuverschuldung, sondern in präventive Sozial- und Haushaltspolitik fließen, forderte Zimmermann.

„Prävention in den Mittelpunkt zu stellen, ist für uns ein Grundsatz unserer Politik über alle Bereiche hinweg“, erklärte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). Sinn der Studie sei der Beginn eines „strategischen Herangehens“ an die Frage, wie man Vorbeugung stärken und welche Effekte man daraus erwarten könne. Zurzeit gebe es keine verlässlichen Zahlen über die Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Politik dürfe jedenfalls nicht darauf setzen, dass bürgerschaftliches Engagement staatliches Handeln ersetze. Ob man für eine solche Politik Schulden machen müsse, hänge im Übrigen von den Einnahmen ab, wandte sich Kraft gegen Steuersenkungsforderungen. cw



Foto: Schälte

Der erste Schultag ...

... soll nicht noch früher sein, findet der Landtag fraktionsübergreifend

30. März 2011 – Die ehemalige Landesregierung hatte beschlossen, bis zum Schuljahr 2014/2015 schrittweise immer jüngere i-Dötzchen einzuschulen. Damit wollen SPD und Grüne Schluss machen und den Stichtag auf den 30. September festsetzen. Wer bis zu diesem Datum seinen sechsten Geburtstag feiert, würde in demselben Kalenderjahr eingeschult, jüngere Kinder nur auf Antrag der Eltern. Alle Fraktionen und die Regierung unterstützten im Plenum dieses Vorhaben. Unzureichend berücksichtigt sah die Opposition allerdings mögliche Kosten für die Kommunen und eine Beteiligung von Kindertagesstätten. Trotzdem gab es eine Mehrheit für den Gesetzentwurf (Drs. 15/1061).

Seine Fraktion könne dem Antrag im pädagogischen Grundsatz eigentlich zustimmen, sagte Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU). Warum sie ihn dennoch ablehne, sei in einem parlamentarischen Schnellschussverfahren begründet, mit dem SPD und Grüne ihren Gesetzentwurf durch die Beratung gebracht hätten. Außerdem kritisierte der CDU-Sprecher ungeklärte Fragen. Wenn Kinder später in die Schule kämen als eigentlich geplant, blieben sie länger in der Kita, was die Kommunen Geld koste. Also sei eine Kostenfolgeabschätzung erforderlich, die aber fehle. Ein Evaluationsbericht durch die Regierung bis Ende des Jahres 2014 reichte Sternberg nicht aus.

Mit drei Argumenten warb Sören Link (SPD) für den Gesetzentwurf. Erstens lösten SPD und Grüne damit verlässlich Wahlversprechen ein. Zweitens nähmen sie die Meinung von Sachverständigen ernst und hätten deren An-

regungen berücksichtigt. Drittens seien keine Mehrkosten für die Kommunen zu erwarten, und wenn doch, werde das Land sie ihnen erstatten, versprach der SPD-Sprecher. Mit diesem Verfahren hätten sich die kommunalen Spitzenverbände einverstanden erklärt. Im Voraus jedoch habe niemand mögliche Kosten beziffern können, auch nicht die Kommunen. Vor diesem Hintergrund lud Link CDU und FDP ein, doch zuzustimmen.

Sigrid Beer (Grüne) betonte die Notwendigkeit, die Kinder in den Mittelpunkt des Bildungssystems zu stellen. In der Expertenanhörung hätten alle Sachverständigen das Gesetzesvorhaben unterstützt. Evaluieren wolle man sowohl den pädagogischen Wert als auch den Kostenfaktor, erklärte sie. Erfahrungen aus Bayern, wo man denselben Schritt gegangen sei, hätten gezeigt, dass sich die Zahlen für die Kommunen im Rahmen demographischer

Schwankungen bewegten. Da darüber hinaus geklärt sei, dass das Land den Kommunen mögliche Kosten erstatte, fragte sie CDU und FDP: „Was hält Sie dann eigentlich davon ab, diesen Schritt zu machen?“

Ihre Fraktion unterstütze das pädagogische Konzept, erklärte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP), nicht aber das fragwürdige Gesetzgebungsverfahren. Eine Einschätzung der Folgekosten müsse im Beratungsverfahren des Gesetzentwurfs vorgelegt werden, nicht erst im Nachhinein. Zu diesem Zeitpunkt jedenfalls blieben Fragen offen. Inhaltlich hielt Pieper-von Heiden zwar an der Linie fest, die Lernzeit und frühen Potenziale der Kinder besser zu nutzen. Ein Einfrieren des Stichtags zum 30. September sei aber akzeptabel. Für wichtig hielt die FDP-Sprecherin, dass Eltern weiterhin eine vorgezogene Einschulung ihres Kindes verlangen könnten.

Auch Gunhild Böth (Linke) fand, der Schulausschuss sei nicht ausführlich genug mit dem Thema befasst worden. Zudem forderte sie, bevor man entscheide, die Einschulung eines Kindes zurückzustellen, müssten Kindertagesstätten regulär einbezogen werden – Schulleitungen hätten solche Fragen nicht immer im Blick. Obwohl der Gesetzentwurf diese Forderung nicht berücksichtige, wolle ihre Fraktion dennoch zustimmen, um Verbesserungen gegenüber dem derzeitigen Zustand zu ermöglichen. Die Vorgängerregierung habe nämlich die Grundschulen auf das sukzessive Vorziehen des Einschulungsalters nicht vorbereitet, kritisierte die Linke.

Als wesentliches Anliegen des Gesetzes beschrieb Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), „dass unsere i-Dötzchen zur rechten Zeit in die Schule kommen und einen guten Schulstart haben“. Die Gleichung „je früher die Schule anfängt, umso besser die Leistung“ sei nicht aufgegangen, erklärte sie. Auf frühere Einschulung folgten keine besseren Abschlüsse und auch kein früherer Start ins Berufsleben, dafür aber häufigeres Sitzenbleiben. Zu der Kostenfrage sagte Löhrmann, es gebe derzeit keine gesicherte Datengrundlage. Deshalb wolle die Landesregierung bis zum Jahr 2014 selbst zuverlässige Daten erheben und sie dem Parlament vorlegen. sow

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken hat der Landtag dem Gesetzentwurf (Drs. 15/1061) mehrheitlich zugestimmt, CDU und FDP stimmten dagegen.

Geld zur Selbsthilfe

Linke fordern ergänzendes Förderprogramm für Arbeitslose

31. März 2011 – Eine Million Euro wollen die Linken zusätzlich in Selbsthilfegruppen für Arbeitslose stecken. Das bisherige Landesprogramm reiche nicht aus, viele Selbsthilfeangebote scheiterten an zu hohen Förderhürden, kritisiert die Fraktion (Drs. 15/1546). Seit Jahresbeginn unterstützt NRW wieder Arbeitslosenzentren und entsprechende Beratungsstellen – mit jährlich rund fünf Millionen Euro auch aus dem Europäischen Sozialfonds. Insgesamt 145 Einrichtungen hatten laut Arbeitsministerium bis Januar eine Zusage erhalten.

Angemessene Räume, großzügige Öffnungszeiten und genügend Eigenmittel: 24 Beratungsstellen und fünf Arbeitslosenzentren seien an den Hürden des Landesprogramms gescheitert, beklagte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke). Viele der nach der Hartz-IV-Reform neu entstandenen ehrenamtlichen Initiativen hätten sich wegen der hohen Ansprüche zudem erst gar nicht beworben. Die Regierung müsse diese neuen Strukturen berücksichtigen, sagte Butterwegge: „Deshalb fordern wir zu dem bestehenden Landesprogramm ein ergänzendes Förderprogramm ein.“ Bis zu 25 Gruppen sollen demnach jährlich je 40.000 Euro erhalten. „Wahrhaft kein riesiger Brocken“, meinte die Linke.

„Die Strukturen haben sich so verändert, dass die Hilfe für die Betroffenen auf andere Weise wirkungsvoller geleistet werden kann“, betonte **Bernhard Tenhumberg** (CDU). Bund und Kommunen stemmten nach dem SGB II die Beratung auch für schwer in den Arbeitsmarkt zu integrierende Personen. Er verstehe deshalb nicht, warum das Land weitere Mittel zuschießen solle, die es gar nicht habe. Zudem verneinte Tenhumberg, dass aus abgelehnten Anträgen automatisch ein höherer Förderbedarf resultiere. Vielmehr seien Absagen Teil der Qualitätskontrolle: „Antragsteller von Landesfördermitteln

sollten auch weiterhin grundsätzlich den Bedarf und ihre Qualität nachweisen.“

Zusätzlichen Förderbedarf sehe er nicht, sagte **Rainer Bischoff** (SPD). Das neue flächendeckende Landesprogramm sei völlig ausreichend und räume mit aus seiner Sicht unsozialen Kürzungen der Rüttgers-Regierung auf. Zudem bezeichnete er den Antrag der Linksfraktion inhaltlich als merkwürdig: Erstens ziele der Antrag auf die Träger anstatt auf die Arbeitslosen, zweitens sei die von den Linken kritisierte Arbeitsmarktorientierung der Einrichtungen ein absolut notwendiges Förderkriterium und drittens die geforderte 100-Prozent-Finanzierung der Träger wenig zielführend: „Das ist ein bisschen so, als ob man auf dem Marktplatz Geld verteilen würde“, kritisierte Bischoff.

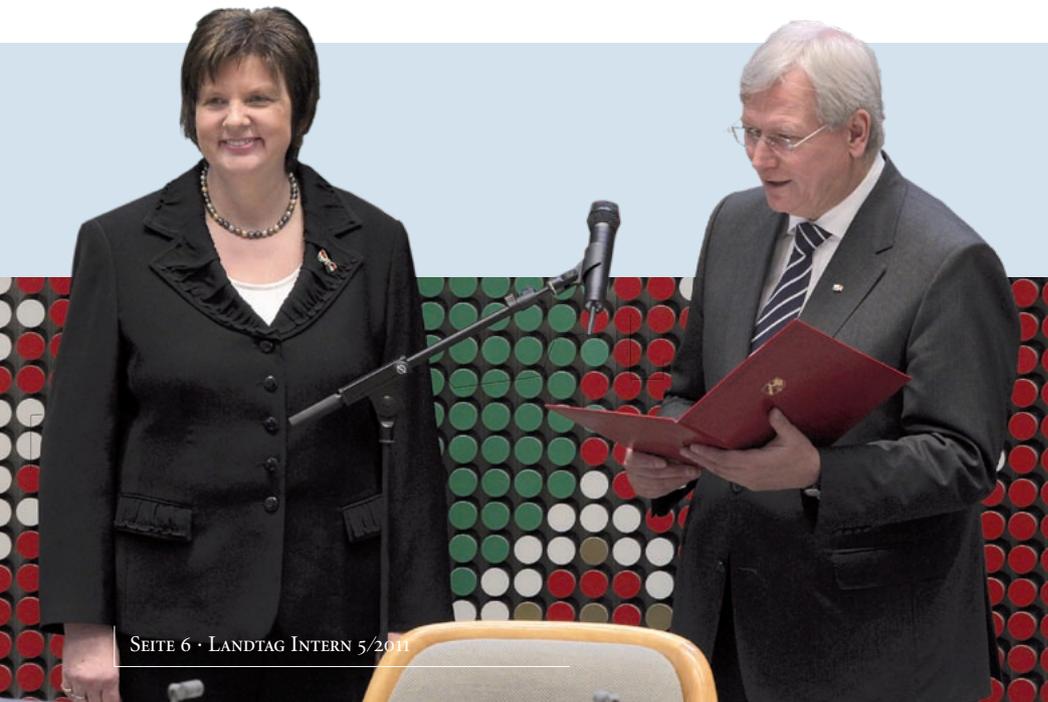
„Ich bin nicht Ihrer Auffassung, dass wir hier keine landespolitische Verantwortung mehr haben“, reagierte **Martina Maaßen** (Grüne) auf die Rede von Tenhumberg. Jobcenter berieten Arbeitslose nun mal nicht ausreichend und auch das Geld für Arbeitslosenzentren sei knapp. „Das ist eine freiwillige Leistung der Kommunen“, betonte die Grüne mit Blick auf deren schlechte Finanzlage. Das neue Programm sei deshalb eine wichtige Hilfe. Auch wenn es mög-

licherweise Mängel habe, plädierte Maaßen dafür, zunächst die zweijährige Förderphase abzuwarten. Den von der Linksfraktion formulierten zusätzlichen Bedarf könne sie aktuell jedoch nicht nachvollziehen.

Wie Bischoff zeigte sich auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP) irritiert darüber, dass die Linke die Arbeitsmarktorientierung der Einrichtungen offenbar als Manko ansehe. Das erinnere an eine Lobbyarbeit für Erwerbslose, die sich nicht für den Arbeitsmarkt interessierten. Gleichzeitig gab der Abgeordnete zu bedenken, andere Selbsthilfegruppen könnten sich diskriminiert fühlen, falls das Land diejenigen für Arbeitslose zusätzlich unterstütze. „Auch Gerechtigkeit ist bei so einem Thema also wichtig“, meinte Romberg und forderte die Linke zudem auf: „Sagen Sie, wo die Million herkommt!“ Angesichts des Haushalts könne die Summe doch nur über Kredite finanziert werden.

„Eine Million Euro kann viel sein oder kann wenig sein. In der aktuellen Haushaltslage ist dies viel Geld“, betonte **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Ähnlich wie Maaßen sprach er sich dafür aus, das neue Programm nach Ende der zweijährigen Förderphase auszuwerten und wenn nötig zu überarbeiten. Hinsichtlich des Linken-Antrags sagte der Minister: „Die Förderung von Selbsthilfe von und für erwerbslose Menschen ist ein zentrales Element.“ Viele der 145 geförderten Einrichtungen organisierten Selbsthilfe unter ihrem Dach. Ein zusätzliches Landesprogramm mit neuen Förderkriterien sei damit aus Sicht der Regierung derzeit nicht erforderlich. *bra*

Der Landtag hat den Antrag der Linksfraktion (Drs. 15/1546) einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen.



Verpflichtet ...

... hat Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg am 30. März 2011 die für den ausgeschiedenen Abgeordneten Andreas Krautscheid nachgerückte CDU-Politikerin Regina van Dinther. Die zugleich neue und erfahrene Abgeordnete war bereits von 1990 bis 2010 Mitglied des Landtags und vom Jahr 2005 bis 2010 dessen Präsidentin. *Foto: Schälte*

Fukushima verändert

Fraktionen positionieren sich zur Zukunft der Energieversorgung

30. März 2011 – Der Landtag hat sich auf Antrag von SPD und Grünen mit der Zukunft der Atomkraft befasst. Unter dem Eindruck der Situation in Fukushima, aber auch der Wahlergebnisse aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, haben die Fraktionen im Rahmen einer Aktuellen Stunde ihre Standpunkte und verschiedene Wege für die Zukunft der Energieversorgung aufgezeigt. Klar ist für alle: Fukushima hat etwas verändert.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Norbert Römer** erinnerte an die Bedeutung, die die Bundesregierung ihrem Energiekonzept vom letzten Herbst beigemessen habe. CDU und FDP hätten ihr Konzept mitsamt der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke hoch gehalten und seien nun entsprechend tief gefallen. Fukushima markiere das Ende der Laufzeitverlängerung, meinte der SPD-Sprecher. SPD und Grüne träten im Industrieland NRW den Beweis an, dass eine sichere Energieversorgung auch mit umweltfreundlicher Energie möglich sei, eröffnete er und lud die Energiekonzerne dazu ein, sich mit auf diesen Weg zu begeben. Von CDU und FDP erwartete er ebenfalls klare Richtungsaussagen.

Auch **Reiner Priggen**, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, bezeichnete die Ereignisse in Fukushima als Zäsur, an der niemand mehr vorbeikomme. Kritik übte er an einer rechtlich unsicheren Basis des Moratoriums, das die Bundesregierung nun verhängt habe. Klare, verlässliche Parameter für erneuerbare Energien seien notwendig, damit die Energiewirtschaft wisse, wie es nun weitergehe. Dies gelte auch für die Kraft-Wärme-Kopplung, die eine große Chance in Ballungsräumen sei. Die größten Potenziale und daher auch den größten Handlungsbedarf sah er bei der Energieeinsparung und bei der Energieeffizienz. Priggen forderte die CDU auf, sich dazu klar zu positionieren.

Josef Hovenjürgen (CDU) reklamierte für die Politik das Recht, getroffene Entscheidungen auf



Dietmar Brockes (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

Umweltminister Johannes Remmel (Grüne)

ihre Richtigkeit zu überprüfen. Ein „Weiter so“ könne es nicht geben. Er verwies zudem auf einen notwendigen europäischen Dialog, damit alle Reaktoren in der Umgebung berücksichtigt würden. Ebenso müsse man sich der Notwendigkeit eines Endlagers für Atommüll stellen, einen Ort dafür finden und ihn verantworten. Für einen möglichst emotionsfreien Übergang von der Atom- hin zur erneuerbaren Energie brachte er heimische Energieträger ins Spiel. Sein Fraktionskollege **Hendrik Wüst** zeigte sich bereit, „auch über unsere Position zum Windkraft-erlass noch einmal zu diskutieren“.

Auf die Herausforderung, sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom bereitzustellen, wies **Dietmar Brockes** (FDP) hin und vermisste dazu einen Beitrag der Landesregierung. Diese plädiere bisher nur für den Ausbau der Windkraft, die

Grünen wollten am liebsten alle Kohlekraftwerke abschalten. Dann bleibe aber nur noch teures Gas aus Russland. Die Deutschen seien allerdings vor allem gegen höhere Strompreise. Kernkraft müsse gegen alle Eventualitäten sicher sein, erklärte der FDP-Sprecher. Ein schneller Ausstieg werde zu steigenden Strompreisen führen, einen Ausbau der Stromnetze

erfordern und Kohlekraftwerke wieder attraktiver machen, prognostizierte er.

Bärbel Beuermann (Linke) kritisierte den Grund für die Aktuelle Stunde. Es gelte nicht, „Lehren aus den Landtagswahlen“ zu ziehen, sondern aus dem Atomunglück in Japan. Für ihre Fraktion forderte sie den sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft, auch aus Forschung und Export. Da ein solcher Unfall wie in Fukushima offenbar nicht verhindert werden könne und es zudem kein Endlager für Atommüll gebe, stehe außer Frage, dass die Technologie unverantwortlich sei. Bezeichnungen wie „Restrisiko“ oder „äußerst unwahrscheinlich“ verschleierte die Realität. Nun sei es an der Zeit für eine radikale ökologische und soziale Wende, erklärte die Linken-Fraktionsvorsitzende.

Es habe zur Atomenergie einen Volksentscheid auf der Straße und an den Wahlurnen gegeben, deutete **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne) die Ereignisse des vorangegangenen Wochenendes. Auch er befürchtete wegen eines, wie er fand, rechtsunsicheren Moratoriums Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe seitens der Energiekonzerne. Dabei sei es für die Rettung der Banken möglich gewesen, binnen einer Woche eine sichere Rechtsgrundlage zustande zu bringen, rief er in Erinnerung. Konkret fragte er CDU und FDP, wie sie zu Koalitionsplänen bezüglich Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme, Geothermie oder Gebäudesanierung stünden. Über Antworten würde er sich freuen, erklärte der Minister.

sow



Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Josef Hovenjürgen (CDU)

Datteln und das neue Denken

Kohle, Gas, Sonne oder Wind: Was folgt aufs Atom?

30. März 2011 – Eigentlich ging es um eine schnelle Fertigstellung des neuen Blocks 4 des Kohlekraftwerks Datteln (Drs. 15/1547). Denn dieser, so die antragstellende CDU, sei allemal effizienter und sauberer als Altanlagen der „kalten Reserve“. Für rechtlich schwierig hielten dies SPD und Grüne und verwiesen auf den geltenden Baustopp. Vor dem Hintergrund eines Ausstiegs aus der Kernenergie geriet die Debatte dann zur Generalausprache darüber, ob man jetzt erst einmal in effizientere Kohlekraftwerke oder doch direkt in alternative Energiestrukturen investieren sollte.

Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie müssten die entstehenden Stromlücken geschlossen werden, meinte **Hendrik Wüst** (CDU), und „spätestens da hört das Wunschkonzert auf“. Immerhin sei Kernenergie unbestritten die CO₂-emissionsärmste konventionelle Form der Stromerzeugung. Bereits durch das dreimonatige Moratorium werde so viel CO₂ zusätzlich ausgestoßen wie im ganzen Jahr durch erneuerbare Energien eingespart werden könne. Es fehlten effiziente neue Kohlekraftwerke, so Wüst. Man müsse daher „neu denken“. Das betreffe die Windkraft, aber eben auch das geplante Steinkohlekraftwerk Datteln, den Ausbau der Energienetze oder Pumpspeicherkraftwerke.

Es gehe nicht darum, ob man Datteln wolle oder nicht, entgegnete **Thomas Eiskirch** (SPD). Es gehe darum, dass die alte Landesregierung das entsprechende Planungsverfahren „versaubeutelt“ habe, wie es ein Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichts bestätige. „Wenn es nicht klappen kann, liegt das bei Ihnen, nicht bei uns“, betonte der SPD-Sprecher seine grundsätzliche Zustimmung zum Kraftwerksneubau. Ebenso befürworte er neue Übertragungskapazitäten und Pumpspeicherkraftwerke. Eiskirch kündigte an, das geplante neue Klimaschutzgesetz werde ein „richtiges Industrieunterstüt-

zungsgesetz“ für Nordrhein-Westfalen, um die Chancen des Wandels zu nutzen.

In NRW könnten neue Kohlekraftwerke ohne Probleme errichtet werden, verwies **Wibke Brems** (Grüne) auf entsprechende Baustellen in Hamm, Duisburg, Lünen und Neurath. Die Stromversorgung hänge nicht an „Datteln“ und generell nicht an „trägen“ Kohlekraftwerken. Notwendig seien jetzt Lösungen basierend auf Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung, die schwankende Strommengen aus erneuerbaren Energien schnell ausgleichen könnten. Außerdem müssten „intelligente Netze“ geschaffen werden, um den Netzausbau so gering wie möglich zu halten. Und schließlich komme es generell auf die Senkung des Energiebedarfs an, damit Ressourcen eingespart werden könnten.

Durch die Ereignisse in Japan werde es schneller zu Veränderungen in Deutschland kommen müssen, stimmte **Dietmar Brockes** (FDP) zu. Daher passe auch seine Partei ihre Position an die neuen Gegebenheiten an. Gleiches müsse aber auch für die Düsseldorfer Regierungskoalition gelten, zum Beispiel mit Blick auf das Kraftwerk in Datteln. Der vorgesehene neue Block 4 könnte drei alte Blöcke ersetzen, damit den CO₂-Ausstoß um 30 Prozent verringern und so ei-

nen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, argumentierte Brockes. Wenn man schneller aus der Kernenergie aussteigen wolle, so bedeute dies, dass Kohlekraftwerke wieder rentabler würden.

„Man weint den Strahlenschleudern nach, obwohl die noch gar nicht weg sind, und will sie durch Dreckschleudern ersetzen“, sagte **Michael Aggelidis** (Linke). Er empfand es als „zynisch“, den Bau eines Kohlekraftwerks als aktiven Beitrag zum Klimaschutz darzustellen. Dazu passe es, seitens der CDU von der Regierung zu fordern, auf das geplante neue Klimaschutzgesetz zu verzichten. Alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Vervollendung des Kohlekraftwerks Datteln 4 schnellstmöglich zu erreichen, das bedeute Rechtsbruch, bezog sich der Linke auf ein Gerichtsurteil zum Baustopp. Man könne sich darüber schließlich nicht einfach hinwegsetzen und trotzdem bauen.

Man müsse den Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen, forderte **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne). Bei der Windenergie etwa habe NRW aber gegenüber anderen Bundesländern fünf Jahre verloren. Gleiches gelte beim Netzausbau. Auch bei Pumpspeicherkraftwerken habe die alte schwarz-gelbe Landesregierung nichts geleistet. Um die bundespolitische Leitentscheidung umzusetzen, bis zum Jahr 2020 fast 40 Prozent erneuerbare Energie „im Netz zu haben“, müsse man entsprechend investieren, meinte Remmel und verwies auf die Nah- und Fernwärmeschleife Rhein-Ruhr, basierend auf hocheffizienten Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. CW

Der Antrag (Drs 15/1547) wurde einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

Die Länder Nordafrikas ...

... und die derzeit dort stattfindenden politischen Veränderungen standen beim Antrittsbesuch des marokkanischen Generalkonsuls, **Abdesselam Baita**, bei Landtagspräsident **Eckhard Uhlenberg** am 30. März 2011 im Mittelpunkt. Angesichts der Demokratiebewegungen in seinen Nachbarländern könne Marokko, das im Jahr 1956 die volle Unabhängigkeit von Frankreich und Spanien erlangte, als etwas erfahrenere Demokratie eine stabilisierende Rolle spielen, hieß es. Das Land besitzt eine konstitutionelle Monarchie. Die Nationalversammlung wird alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. (Foto: Schälte)

Gefüllte Blasen

FDP fordert mehr Transparenz bei Erdgasbohrung im Münsterland

30. März 2011 – Wind, Sonne, Erdgas: Nach dem Reaktorunglück von Fukushima ist die Frage nach dem richtigen Energiemix wieder Topthema der politischen Debatte. Auf Eilantrag der FDP (Drs. 15/1635) hat der Landtag nun über die vom US-Ölkonzern Exxon geplanten Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas in münsterländischem Schiefergestein diskutiert. Die Menschen dort seien verunsichert und befürchteten Schäden für Grundwasser und Umwelt, falls der Konzern nach der Fracking-Methode Chemikalien mit großem Druck durchs Bohrloch in den Boden pumpe, betont die FDP. Sie fordert daher mehr Transparenz seitens der Landesregierung.

Foto: Schälte

„Die Informationspolitik der Behörden und auch dieser Landesregierung hat bisher nicht dazu geführt, Ängste und Sorgen dieser Menschen zu reduzieren“, kritisierte Dr. Stefan Romberg (FDP). Noch im Februar habe der Wirtschaftsminister behauptet, NRW sei beim Fracking völlig unerfahren. Wenige Wochen später habe die Bezirksregierung nun bestätigt, dass es solche Bohrungen bereits von 1992 bis 1997 gegeben habe. „Hat der Wirtschaftsminister hier das Plenum bewusst getäuscht?“, fragte Romberg. Auch habe die Regierung bereits aus Niedersachsen bekannte Umweltschäden verschwiegen. „Wir wollen endlich vollständige Aufklärung von Ihnen.“

Rot-Grün nehme die Sorgen der betroffenen Menschen nicht ernst genug, kritisierte Hendrik Wüst (CDU). „Als Münsterländer muss man den Eindruck gewinnen, dass Ihnen das Thema noch immer am Allerwertesten vorbeigeht.“ Gleichzeitig gratulierte Wüst den Bürgerinitiativen, die mit ihren Protesten offenbar ein Moratorium erreicht hätten. Allerdings bleibe dieses inhaltlich bisher unklar, bemerkte er: „Irgendjemand sollte uns irgendwann einmal unterrichten, was das mit dem Moratorium eigentlich auf sich hat.“ Zudem wundere er sich, dass der Wirtschaftsminister angeblich weder von Fracking in NRW noch von Problemen in Niedersachsen gewusst habe.

André Stinka (SPD) konnte den Vorwurf mangelnder Transparenz nicht nachvollziehen. „In dem

Verfahren hat ein Expertengespräch stattgefunden, wasserrechtliche Genehmigungen sind eingezogen worden“, erklärte er. Auch hätten die Bezirksregierung Arnsberg und die Landesregierung die Öffentlichkeit und das Parlament informiert. „Sie sollten die Vorlagen lesen, die im Wirtschaftsausschuss niedergelegt werden“, empfahl er seinen Vorrednern. Die beiden Abgeordneten hätten auch jüngst nicht an einem Fachgespräch der Bezirksregierung teilgenommen, bemerkte der SPD-Sprecher. Viele der angesprochenen Dinge seien dort Thema gewesen.

Die Regierung werde ihrer Verantwortung gegenüber den Betroffenen gerecht, verteidigte Wibke Brems (Grüne) die Koalition und kündigte ein aufklärendes Gutachten zu wichtigen Fragen rund um unkonventionelles Erdgas an. Problematisch sei allerdings die mangelnde Transparenz des Exxon-Konzerns. In Niedersachsen habe er die Menschen nicht über den Giftunfall aufgeklärt, kritisierte Brems. „Wenn Fragen zu unkonventionellem Erdgas an Exxon gestellt werden, antwortet das Unternehmen ausweichend.“ Das mache es auch der Regierung nicht gerade leicht. Als oberstes Ziel formulierte Brems, Trinkwasser frei von giftigen Chemikalien zu halten.

„Sie sollten sich hier endlich konsequent verhalten und klipp und klar sagen: Dieses unkonventionelle Erdgas wollen wir nicht“, forderte Rüdiger Sagel (Linke) die anderen Fraktionen auf.

Im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen nach Erdgas zu bohren, sei völlig falsch. Niemand könne ausschließen, dass es zu Problemen komme. In den USA seien die Risiken längst eingetreten. „Der Konzern Exxon ist als Verursacher gewaltiger Umweltauswirkungen bekannt“, sagte Sagel. Offenbar wollten sich aber sämtliche Fraktionen noch ein Türchen offenhalten, vermutete er. Würden diese eine konsequente Politik machen, müssten sie die Probebohrungen verbieten.

„Der konstruierte Vorwurf, die Landesregierung versuche gezielt, Informationen zurückzuhalten, entbehrt jeder Grundlage“, sagte Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) in Vertretung des Wirtschaftsministers. Über die von der FDP angesprochenen Probebohrungen aus den 90er-Jahren habe dieser den Ausschuss bereits im Dezember unterrichtet. Die nun geplanten Tests seien dennoch Neuland für NRW: Es gehe nicht nur um Gas aus Flözen, sondern auch aus Schiefergestein. Eine solche unkonventionelle Lagerstätte hätten Unternehmen in NRW erstmals während der aktuellen Erdgas-suche angezapft – mit der im Jahr 2008 noch unter Schwarz-Gelb genehmigten Bohrung in Oppenwehe. *bra*

Der Landtag hat den Eilantrag (Drs. 15/1635) mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Hendrik Wüst (CDU)



Thomas Eiskirch (SPD)

Atomenergie wird als Brückentechnologie bezeichnet. Dies halte ich für ...

... richtig. Als Ergebnis der schrecklichen Ereignisse in Japan gilt es, diese Brücke zu verkürzen, ohne unsere Emissionsminderungsziele, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Strom und Wärme für Bürger und Unternehmen zu gefährden.

... hinfällig. Nach Fukushima können die Sicherheitsrisiken auch von den größten Ignoranten nicht länger geleugnet und verharmlost werden. Mit der absehbaren Stilllegung von Atomkraftwerken scheidet der untaugliche Versuch der Bundesregierung, die Verlängerung der Atomlaufzeiten als Finanzierungsquelle für den Energie- und Klimafonds anzudienen.

Ab sofort auf Atomenergie zu verzichten, würde bedeuten, ...

... dass die Versorgungssicherheit erheblich gefährdet ist. Stromausfälle wären an der Tagesordnung, es sei denn, man importiert in erheblichem Umfang Atomstrom aus unseren Nachbarländern. Das jedoch wird von uns abgelehnt.

... Atomstrom zu importieren und CO₂-Ausstoß zu erhöhen. Ein Atomausstiegsgesetz schafft Investitionssicherheit. Damit in Kraftwerkserneuerung, Effizienztechniken, Energieeinsparung und neue Netze investiert wird. Und die Strompreise für Verbraucher bezahlbar und für die Industrie wettbewerbsfähig bleiben.

Das größte Problem bei erneuerbaren Energien sehe ich ...

... in der schnellen und ausreichenden Errichtung von Energiespeichern sowie der einvernehmlichen Realisierung des notwendigen Netzausbaus. Die Windparks im Norden müssen an die Verbrauchszentren in der Mitte und im Süden Deutschlands angeschlossen werden.

... in der fehlenden Akzeptanz in der Praxis – bei der Installation von Windrädern und Übertragungsnetzen, Pumpspeicherwerken oder Biomasseanlagen. Erneuerbare Energien müssen rund um die Uhr zu akzeptablen Bedingungen zur Verfügung stehen. Deshalb müssen sie wirtschaftlicher erzeugt und speicherbar gemacht werden.

Öl, Gas, Kohle – fossile Energieträger spielen im Energiemix der Zukunft ...

... keine wesentliche Rolle mehr. Auf dem Weg dahin sind wir auf sie jedoch als Reserve und Ergänzung zu den Erneuerbaren angewiesen. Daher muss die modernste Technik in den modernsten Kraftwerken zum Einsatz kommen. Datteln 4 muss ans Netz.

... nach wie vor eine Rolle. Auch im Jahr 2020 wird der größte Teil des Stroms aus fossilen Energieträgern kommen. Um nicht zum Stromimporteur z. B. aus französischen AKWs zu werden, muss die Erzeugung wirkungsschwacher Blöcke auch durch neue, effiziente, flexible Kraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden.

Um den Energiebedarf zu senken, kommt es aufs Stromsparen an. Um Anreize für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, sollte Politik ...

... noch stärker in Informationskampagnen investieren. Verbraucherzentralen und die Energieagentur.NRW machen eine gute Arbeit, stoßen aber an ihre Leistungsgrenzen. Darüber hinaus gilt es, Förderinstrumente zu stärken und das Mietrecht zu überprüfen. Energieeffizienz ist die beste Energiequelle.

... helfen, dass keiner zu arm zum Sparen ist, Fonds oder Contracting-Modelle schaffen, damit auch Menschen mit geringen Einkommen effiziente Geräte nutzen können. Stromtarife müssen Anreize setzen: Niedrige Strompreise bei geringem Stromverbrauch. Bei höherem Verbrauch müssen Stromkosten überproportional steigen.

Diesmal geht es um die Energiepolitik.

Wibke Brems (Grüne)



... irreführend, da die starre Atomkraft nicht geeignet ist, um mögliche Schwankungen bei den erneuerbaren Energiequellen flexibel auszugleichen. Für den Übergang brauchen wir vielmehr Kraft-Wärme-Kopplung und flexible Gaskraftwerke, die die Erneuerbaren auf dem Weg zu 100 Prozent ideal ergänzen.

... zehn weitere Meiler vom Netz zu nehmen. Für einen verantwortungsvollen Ausstieg müssen die gefährlichsten Anlagen sofort abgeschaltet werden. Bis 2017 muss der komplette Ausstieg aus der Atomkraft geschafft sein. Dies muss flankiert werden durch einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

... in der ablehnenden Haltung der CDU und der teilweise bösartigen Angriffe der FDP. Die Erneuerbaren emittieren kaum CO₂, stehen endlos zur Verfügung und haben geringe Auswirkungen auf die Umwelt. Die Chancen für Klima- und Umweltschutz sowie Wertschöpfung und Arbeitsplätze sind daher enorm.

... nach 2050 keine Rolle mehr. Selbst mit den Zielen der Bundesregierung von 80 bis 95 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2050 wird aufgrund der landwirtschaftlichen und produktionsbedingten Emissionen eine Stromversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren unumgänglich sein.

... Aufklärung betreiben, sozialverträgliche finanzielle Anreize bieten und für einen Emissionshandel in allen Bereichen eintreten. Ebenso wichtig ist die Einsparung im Bereich der Wärmeversorgung. Darum engagiert sich die Landesregierung bei der energetischen Gebäudesanierung und der Kraft-Wärme-Kopplung.

Dietmar Brockes (FDP)



... die zutreffende Bezeichnung dieser Technologie, die aus Sicht der FDP nur noch so lange genutzt werden sollte, bis es möglich ist, auf diese zu verzichten, ohne Strom zu importieren. Voraussetzung ist, dass die Nutzung der Kernkraft sicher ist.

... dass man Strom aus dem benachbarten Ausland teuer importieren müsste. Es wäre geradezu irrwitzig, Strom aus ausländischen Kernkraftwerken zu importieren. Einen Sicherheitsgewinn würde das für keinen deutschen Bürger bedeuten. Wir brauchen eine EU-weite Strategie.

... darin, dass sie nicht immer ausreichend verfügbar sind. Dazu benötigen wir einen Ausbau der Netzkapazitäten und Speichermöglichkeiten. Außerdem müssen erneuerbare Energien schneller wirtschaftlich werden.

... nur noch solange eine Rolle, wie sie wirtschaftlich verfügbar sind und gebraucht werden, um den Energiebedarf zu decken. Der Emissionshandel stellt dabei sicher, dass wir die gesetzten Klimaziele erreichen.

... die Bürger darin bestärken, durch gezielte Investitionen Kosten zu sparen. Die Menschen müssen die Potenziale erkennen und dort investieren, wo es ökonomisch sinnvoll ist. Dazu brauchen wir vor allem Beratung. Dass sich diese Investitionen lohnen, macht die Industrie bereits seit vielen Jahren vor.

Michael Aggelidis (Linke)



... zynisch und verantwortungslos nach Harrisburg und Tschernobyl und erst recht angesichts der aktuellen Katastrophe von Fukushima.

... die Macht der Energiemonopolisten zu brechen, ganz rasch umzusteuern auf erneuerbare Energien und den dringend erforderlichen ökologischen und sozialen Umbau unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung endlich anzupacken.

... in ihrer zu langsamen Verallgemeinerung, aber auch in der Illusion, man könne mit ihnen um ein radikales Stromsparen und um die Vergesellschaftung, Rekommunalisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft herumkommen.

... keine Rolle, weil die unabdingbaren Klimaziele die drastische Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes und damit den völligen Ausstieg aus der Nutzung der fossilen Energieträger zwingend erfordern.

... ein kostenloses Kontingent des Elektrizitätsverbrauchs pro Kopf festlegen, das den vernünftigen Bedarf abdeckt und allen die Teilhabe sichert – und zugleich hohe und stark progressive Gebühren für jeden Elektrizitätsverbrauch über dieses Kontingent hinaus erheben.

Laufende Gesetzgebung

| Drs.-Nr. | Gesetz/Initiator | Federführender Fachausschuss | Gepl. Beratungsschritte | Drs.-Nr. | Gesetz/Initiator | Federführender Fachausschuss | Gepl. Beratungsschritte |
|----------|---|--|---|----------|---|--|--|
| 15/1690 | Gesetz zur Änderung des ÖPNVG NRW – Anpassung an Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 zur Direktvergabe im Öffentlichen Personennahverkehr, CDU | Vorschlag: Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr | 1. Lesung 14.4.2011 | 15/977 | Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmentgeltgesetzes, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | Beratungsabschluss im Ausschuss 12.5.2011 |
| 15/1644 | Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes, LR | Vorschlag: Innenausschuss | 1. Lesung 14.4.2011 | 15/976 | Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR – Kinderlärm – | Umweltausschuss | Beratung wird fortgesetzt |
| 15/1438 | Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzuges, LR | Rechtsausschuss | Beratung im Ausschuss 4.5.2011 | 15/975 | Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl, LR | Ausschuss für Kommunalpolitik | 2. Lesung 15.4.2011 |
| 15/1312 | Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne | Innenausschuss | Anhörung am 9.6.2011 | 15/853 | Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und grenzständige Gebäude, SPD und Grüne | Rechtsausschuss | Beratungsabschluss im Ausschuss 4.5.2011 |
| 15/1300 | Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans 2011, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | siehe Drs. 15/1000 | 15/666 | Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW (Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD und Grüne | Ausschuss für Kommunalpolitik | 2. Lesung 15.4.2011 |
| 15/1269 | Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung 15.4.2011 | 15/484 | Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration | Anhörung geplant |
| 15/1068 | Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU – Schuldenbremse – | Haupt- und Medienausschuss | In Beratung | 15/474 | Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU | Kulturausschuss | Anhörung 4.5.2011 |
| 15/1002 | Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011, LR | Haushalt- und Finanzausschuss | siehe Drs. 15/1000 | 15/465 | Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke | Ausschuss für Kommunalpolitik | In Beratung |
| 15/1000 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2011, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung 13.-14.4.2011, 3. Lesung 18./19.5.2011 | | | | |

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 30. und 31. März 2011 entschieden

| Drs.-Nr. | Gesetz | Initiator | Abstimmung im Plenum | Beschluss |
|----------|--|-----------------|--|------------|
| 15/1541 | Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2011/2012 im Land Nordrhein-Westfalen | Landesregierung | 1. Lesung 30.3.2011 2. Lesung 31.3.2011 | angenommen |
| 15/1268 | Gesetz zur Anhebung des Eingang- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes NRW und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land NRW | Landesregierung | 2. Lesung 31.3.2011 | angenommen |
| 15/1144 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen | Landesregierung | 2. Lesung 31.3.2011 | angenommen |
| 15/1066 | Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums | Linke | 2. Lesung 31.3.2011 | abgelehnt |
| 15/1061 | Fünftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Einschulungsalter – | SPD und Grüne | 2. Lesung 30.3.2011 | angenommen |
| 15/778 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land NRW | Landesregierung | 2. Lesung 31.3.2011 | angenommen |
| 15/135 | Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I | Linke | 2. Lesung 30.3.2011 | abgelehnt |

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Rückenwind und Gegenwind

Sachverständige nehmen Windkrafterlass unter die Lupe

6. April 2011 – Die Landesregierung will die Rahmenbedingungen für einen höheren Anteil der Windenergie an der Stromproduktion verbessern. Dazu hat sie einen neuen Windkrafterlass vorgelegt, den die FDP-Fraktion kritisiert (Drs. 15/1323). Sie fürchtet, dieser berücksichtige Anwohnerinteressen nicht ausreichend und schränke die kommunale Selbstverwaltung ein. Beides gefährde die Akzeptanz erneuerbarer Energien. Im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) haben sich Sachverständige zum Erlass und zum FDP-Antrag geäußert.

Das Ziel, die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien zu forcieren, unterstützten alle Sachverständigen. Einige sahen aber aus unterschiedlichen Gründen noch Nachbesserungsbedarf beim Windkrafterlass.

Der Erlass könne den Behörden keine Rechtssicherheit geben, denn Gerichte seien nicht daran gebunden, erklärte Andreas Lahme vom Landesverband WindEnergie. Auch Prof. Dr. Martin Beckmann verstand den Erlass eher als politische Absichtserklärung, weswegen dieser die kommunale Selbstverwaltung nicht beeinträchtige. Es komme bei der tatsächlichen Umsetzung auf die Ebene der Regionalplanung an, meinte er. Dementsprechend wünschten sich Vertreter der kommunalen Spitzenverbände konkretere Vorgaben, welche Regelungen verbindlich seien.

Die Sachverständigen diskutierten ebenso Chancen des Repowering, worunter man den Ersatz älterer durch neuere Anlagen versteht. Jan Dobertin von der Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie NRW erklärte, allein dadurch, dass man die rund 2.800 Windkraftanlagen in NRW durch neue ersetze, lasse sich das Ziel der Landesregierung erreichen, nämlich die Windkraft bis 2020 auf 15 Prozent der NRW-Stromproduktion zu verfünffachen. Ökonomisch und ökologisch sinnvoll sei das Repowering allerdings erst in etwa fünf Jahren, schränkte der Rechtsanwalt Thomas Mock ein. Elmar Reuter vom Sauerländer Heimatbund zeigte sich besorgt, dass größere Anlagen das

Landschaftsbild zu stark beeinträchtigen könnten. Er sprach sich dafür aus, eher neue Standorte für Windräder auszuweisen und dabei eine möglichst unzerstörte Landschaft zu erhalten.

BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerinnen und Bürger könnten sich durchaus für Repowering begeistern und auch neue Anlagen akzeptieren, berichtete Frank Brösse von der Stadtwerke Aachen AG. Man müsse sie nur beteiligen. Erfahrungen habe Aachen beispielsweise mit Wind-Sparbriefen oder mit einem GbR-Modell (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) gemacht, wobei Privatpersonen zu Gesellschaftern würden. Von positiven Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung konnte auch Guido Wallraven aus der „Klimakommune NRW“ Saerbeck berichten. Eine örtliche Genossenschaft plane, von sieben Windrädern mindestens eines zu betreiben, die Gemeinde selbst ebenfalls. Bürgerbeteiligungen funktionierten nicht wegen erwarteter Profite, wandte der Sauerländer Elmar Reuter ein, sondern aufgrund von frühzeitiger Kommunikation, Information und Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber.

Dr. Franz-Joachim Weyers von der Bürgerinitiative Aktion Gegenwind unterschied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, die sich an solchen Projekten beteiligten, und solchen, die unmittelbar betroffen seien. Für letztere über-

wögen die Störungen durch die Windkraftanlagen mögliche wirtschaftliche Gewinne deutlich. Er veranschaulichte, dass es hier um Anlagen so hoch wie der Kölner Dom gehe – nur dass sie oben nicht spitz zuliefen, sondern quasi ein rotierendes Fußballfeld an ihrer Spitze hätten. Gesundheit bedeute auch seelisches und geistiges Wohlbefinden, was in direkter Nachbarschaft solcher rotierender Großanlagen nicht gegeben sei, führte er aus.

Auch Windräder im Wald waren Gegenstand der Diskussion. „Im Wald wohnt nur der Förster und ansonsten die Tiere“, wandte sich Hermann Norff vom Bundesverband Landschaftsschutz gegen Anlagen im Wald. Paul Kröfges vom Naturschutzverband BUND präziserte, dass alte Wälder und Mischwälder dafür auch aus Naturschutzsicht nicht in Frage kämen, sondern nur Nadelwald-Monokulturen. Hinsichtlich des Landschaftsbilds spreche allerdings einiges für den Wald als Windrad-Standort, meinte Klaus Schulze-Langenhorst vom Landesverband WindEnergie: Hier würden sie weniger auffallen als auf freier Fläche.

Auch mit Blick auf Arbeitsplätze sprachen sich einige Sachverständige für Rückenwind für die Windkraft aus. Dr. Norbert Allnoch vom Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien bezifferte beispielsweise die Arbeitsplätze in der nordrhein-westfälischen Windenergie-Branche und der entsprechenden Zuliefererindustrie auf rund 10.000 und sah weitere Potenziale.

SOW

+++ Meldungen +++

Kernenergie: Kugeln oder Material?

6. April 2011 – Der Verbleib von spaltbarem Material der Kernforschungsanlage Jülich war aufgrund einer dringlichen Frage von Dietmar Brookes (FDP) Thema in der Sitzung des **Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU). Vor allem ging es um den Verbleib von 2.285 Kugeln. Hierzu erklärte Staatssekretär Horzetzky, mit Blick auf die Zahl der Kugeln habe es von der Kernforschungsanlage unterschiedliche Angaben gegeben. Entscheidend sei, dass Menge und Verbleib des Inhalts der Kugeln, also des spaltbaren Materials, exakt nachweisbar seien. Bis Ostern solle es einen detaillierten Bericht geben. CDU und FDP kritisierten, durch die bisherigen Aussagen der Landesregierung sei der Eindruck entstanden, der Verbleib von spaltbarem Material sei der Atomaufsicht in NRW nicht bekannt.

Antibiotika in Geflügel

6. April 2011 – Über Antibiotika in Hähnchenfleisch haben die Abgeordneten im **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) diskutiert. Anlass war eine entsprechende Vorlage von Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). Antibiotika-Resistenzen beim Menschen seien ein zunehmendes Problem, erläuterte der Minister dazu. Allerdings reichten die vorliegenden Daten zum Antibiotikaeinsatz in nordrhein-westfälischen Geflügelmastbetrieben derzeit noch nicht aus. Sein Ministerium habe deshalb eine Studie in Auftrag gegeben. Er hoffe, die Ergebnisse bis zum Sommer vorlegen zu können. Der Einsatz von Arzneimitteln in Ställen müsse reduziert werden, stellten die Grünen fest. Die SPD hingegen plädierte dafür, zunächst die Ergebnisse der Studie abzuwarten und dann zu diskutieren. Ähnlich äußerte sich die CDU und kritisierte: Einige würden bereits Daten interpretieren, die noch gar nicht vorlägen. Auch die FDP appellierte, die Dinge sachlich anzugehen – weder zu verharmlosen, noch Panik zu machen: „Auch hier gilt Sorgfalt vor Zeit.“

Großveranstaltungen: Angaben kritischer prüfen

7. April 2011 – Wer trägt welche Verantwortung bei Großveranstaltungen? Dies war die

Kernfrage bei einer Aussprache im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne) über die Massenpanik bei einer Autogrammstunde in Oberhausen. Übereinstimmung herrschte zwischen Regierung und den Fraktionen darüber, dass der Veranstalter die erwarteten Besucherzahlen falsch eingeschätzt und nur mangelhaft vorgesorgt habe. Als Konsequenz forderten sie, dass die zuständigen Ordnungsämter und Baubehörden die angegebenen Zahlen auf ihre



Illustration: Peter Flock

Plausibilität hinterfragen sollten. Notwendig sei eine verstärkte Sensibilität und verbesserte Information zwischen allen Beteiligten. Offen blieb in der Diskussion, inwieweit neue Kommunikationsstrukturen dazu führen könnten, feste Grenzen für vorgeschriebene Sicherheitskonzepte dynamischer zu machen. Heute gilt hier bei Veranstaltungen im Innenbereich eine Grenze von 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Vor der Sommerpause will das Innenministerium dem Parlament die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe vorlegen.

Teurerer Wasserpfennig?

7. April 2011 – Mit Blick auf ökologische Kriterien möchte die rot-grüne Landesregierung anstelle des von ihrer Vorgängerin beschlossenen Auslaufens des Wasserentnahmeentgeltes die Sätze anheben. Dies führte in einer Anhörung im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) zu deutlicher Kritik seitens Wirtschaft und Gewerkschaft. Beide befürchteten einen Standortnachteil der Unternehmen in NRW und damit den Verlust von

Arbeitsplätzen. Ein zentraler Kritikpunkt war, dass nicht nur der Verbrauch, sondern auch die Verwendung von Wasser in zum Teil geschlossenen Kreisläufen mit einer Abgabe belegt werden solle. Eine ökologische Lenkungs-funktion gebe es hier nicht. Außerdem seien steigende Trinkwasserpreise zu befürchten. Demgegenüber wiesen die kommunalen Spitzenverbände darauf hin, dass in den nächsten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie finanziert werden müssten. Für diese und weitere Entgelterhöhungen traten schließlich die Vertreter der Umweltschutzverbände ein.

Ausbau von Ganztagsunterricht

6. April 2011 – Der Ausbau von Ganztagsangeboten muss auch in der laufenden Legislaturperiode fortgesetzt werden – darin waren sich alle im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) angehörten Sachverständigen einig. Insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeit der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes sowie eine Angleichung der Bildungschancen von Kindern unterschiedlicher

sozialer Milieus sprechen aus Sicht der Sachverständigen für das Ganztagsmodell. Inwiefern die Angebote – wie von der FDP-Fraktion gefordert – flexibel gestaltet werden sollten, darüber gingen die Meinungen jedoch auseinander. Die Forderung vieler Eltern, ihre Kinder selber zu betreuen, dürfe nicht überhört werden, forderte Jugendarbeitsexperte Rainer Deimel. „Es ist wichtig, dass die Eltern flächendeckend in NRW eine echte Wahlfreiheit haben,“ ergänzte André Busshuven (Verband Freier Berufe). Die Vorteile des Ganztags müssten alle Schülerinnen und Schüler erreichen, forderte hingegen Norbert Müller (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW). Dieter Greese (Deutscher Kinderschutzbund) ergänzte: „Echte Chancengleichheit kann nur über den Weg einer pflichtigen Ganztagschule gehen, bei der die Möglichkeit entfällt, dass sich einkommensstarke Schichten die Bildungsinhalte hinzukaufen.“ Einigkeit zeigten wiederum alle Fachleute in ihrer Forderung nach einer größeren finanziellen Unterstützung der Kommunen für den Ausbau des Ganztagsunterrichts.

Krachmacherstraße

Sachverständige unterstützen Kinderlärm-Pläne der Regierung

31. März 2011 – *Johlende i-Dötzchen im Wendehammer, Kitas in Wohnvierteln oder das Klettergerüst vor dem Balkon: Kinder machen Krach. Wem das auf die Nerven geht, der kann klagen. Allerdings dürften die Erfolgsaussichten vor Gericht sinken, falls NRW sein Landesimmissionschutzgesetz zugunsten von Kinderlärm ändert. So sieht es ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor (Drs. 15/976). Verschiedene Sachverständige haben die Pläne in einer gemeinsamen Sitzung von Umweltausschuss (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) und Familienausschuss (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) begrüßt.*

„Von Kindern ausgehende Geräusche sind notwendige Ausdrucksform kindlicher Entfaltung, die in der Regel als sozialadäquat zumutbar sind.“ Diesen Satz will die rot-grüne Landesregierung im Landesimmissionschutzgesetz ergänzen – zur Freude von Marlis Herterich, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes NRW: „Wir haben uns lange um diesen Aspekt bemüht. Und wir sind froh, dass es jetzt so weit gekommen ist.“ Es gehe darum, das Bewusstsein in der Gesellschaft zu verändern, aber auch Klagen gegen Kinderlärm zu verhindern, erläuterte die Sachverständige. Dennoch hätte sie sich eine etwas umfassendere Formulierung der Lärmassage gewünscht, so wie dies etwa in Rheinland-Pfalz der Fall sei.

Steigende Lärmpegel in der Umwelt schürten Krankheiten, erklärte Gaby Schnell von der Landesseniorenvertretung. Deshalb sei ihr Verband grundsätzlich für einen bestmöglichen Lärmschutz. „Allerdings sehen wir Geräusche, die Kinder verursachen, nicht als Lärm und schon gar nicht als Lärmbelästigung“, betonte Schnell. Krach gehöre zur Kindheit dazu und sei grundsätzlich sozialadäquat zumutbar. Die Seniorenvertretung unterstütze den Gesetzentwurf daher vollkommen. „Wir wünschen uns nichts mehr, als dass es in Zukunft ein bisschen mehr Kinderlärm gibt“, sagte Schnell. Darüber hinaus regte die Sachverständige an, neben den Kinderspielplätzen auch kommunale Mehrgenerationenplätze in Sachen Lärmschutz zu privilegieren.

Auch wenn spielende Knirpse manchmal die zulässigen Lärmpegel für Wohngebiete überstrapazierten, seien solcher Krach und Industrielärm zwei unterschiedliche Paar Schuhe, betonte Georg Ehrmann, Vorsitzender der Deutschen Kinderhilfe. Es sei daher absolut richtig, das Landesgesetz in Richtung „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ zu ändern. „Wenn wir uns bemühen, eine familienfreundliche und solidarische Gesellschaft zu sein, gehört das Wort ‚Kinderlärm‘ eigentlich gestrichen“, ergänzte Seniorenvertreterin Schnell.

Gleichzeitig appellierte Ehrmann an die Landesregierung, beim Gesetzentwurf noch

etwas nachzubessern. In seiner jetzigen Form würden weiterhin physikalische Messwerte darüber entscheiden, ob der Geräuschpegel von Kinderlärm in bestimmten Situationen zumutbar sei oder nicht. Der Experte forderte daher eine ergänzende Passage, nach der Gutachter die üblichen Richt- und Grenzwerte für Lärmimmissionen nicht auf Kinderkrach anwenden dürften. Noch besser sei es, Kinderlärm generell von der Vorschrift auszunehmen, nach der schädliche Umwelteinwirkungen vermieden werden müssen, meinte Ehrmann. Ansonsten entstünden zunehmend Kitas mit drei Meter hohen Lärmschutzwänden und quasi eingemauerten Kindern. Um dem entgegenzuwirken, müsse die Landesregierung die angedachte Lärmassage lediglich aus dem dritten in den ersten Paragraphen vorziehen, schlug er vor.

Auch Herterich vom Kinderschutzbund reichte der vorgelegte Gesetzentwurf alleine langfristig nicht aus. Die Politik müsse weitere Regelungen wie etwa die Baunutzungsverordnung auf

Bundesebene anpacken, um zum Beispiel den Bau von Kitas in Wohnvierteln zu stärken. Denn aktuell erlaube die Verordnung Kindergärten in reinen Wohngebieten sowie spielende Kinder im Wendehammer nur ausnahmsweise, da sie formal eine unzumutbare Belästigung darstellten, erläuterte Ehrmann. „Deshalb brauchen wir Druck aus dem Bundesrat.“ Anderenfalls, so befürchtete er, passiere da in nächster Zeit nichts – obwohl sich in Sachen Kinderlärm doch eigentlich alle Parteien einig seien. *bra*

Geteilte Kompetenzen

In Deutschland teilen sich Bund und Länder die Immissionschutz-Gesetzgebung. Während der Bund vor allem für den Schutz vor Umwelteinwirkungen von gewerblichen Anlagen (Bau und Betrieb) zuständig ist, regeln die Länder ergänzend das potenziell umweltschädliche Verhalten von einzelnen Personen. Der Schutz vor verhaltensbezogenem Lärm ist nach der Föderalismusreform ausdrücklich Ländersache. Zudem setzen die Länder das Bundesimmissionschutzgesetz um.

Foto: Schälte



Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

CDU beweist: Ein verfassungskonformer Haushalt 2011 ist möglich

„3,77 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung – das ist die Zahl, die unter den Haushaltseckpunkten der CDU-Landtagsfraktion steht. Damit haben wir den Beweis angetreten: Ein verfassungskonformer Haushalt 2011 ist möglich. Auch wenn Frau Kraft, Herr Römer und Herr Priggen das bis heute bestreiten.“ Das konstatiert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann. „Wir haben beim Haushaltsentwurf der Landesregierung wirklich jeden Stein umgedreht und sind auf rund 100 Posten gestoßen, wo Rot-Grün die Haushaltsansätze gegenüber unserer Regierungszeit erhöht hat. Das mag im Einzelfall vielleicht wünschenswert sein, aber wenn man das Geld nicht hat, kann man es auch nicht ausgeben. Eine Politik, die sich dem Zwang der Haushaltskonsolidierung verweigert, mutet zukünftigen Generationen zu, die Zeche zu zahlen und handelt damit zutiefst unsozial und unsolidarisch.“

Daher muss sich die Landesregierung von ihren Wahlgeschenken wie der Abschaffung der Studienbeiträge oder der Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres verabschieden. Zudem halten wir Einsparungen bei einzelnen Förderprogrammen sowie ein Festhalten an der 1,5-prozentigen Stelleneinsparung in der Landesverwaltung für vertretbar und notwendig. Und wenn Rot-Grün bei rund 400.000 Landesbediensteten das Stellen-soll um 2.000 Stellen erhöhen will, dann müssen sie an anderer Stelle in der Verwaltung Stellen einsparen. Dass das machbar ist, hat die Regierung Rüttgers gezeigt. NRW gibt 40 Prozent seines Geldes für Personal aus. Das sind rund 60 Prozent unserer Steuereinnahmen. Deshalb kann man den Landeshaushalt nicht konsolidieren, ohne auch beim Personal zu sparen. Warum Frau Kraft das nicht tut, ist ganz klar: Die Linkspartei hat gesagt, sie werde dem Haushalt nicht zustimmen, wenn beim Personal gespart wird. Hier wird deutlich, wie sehr diese Minderheitsregierung am Fliegenfänger der Linkspartei hängt.

Auf Druck der CDU musste Frau Kraft von ihrer Idee einer ‚präventiven Finanzpolitik‘ abrücken. Leider ist bei ihr bis heute kein Sparwille erkennbar, da sie Steuermehreinnahmen als Einsparungen zu verkaufen versucht. Doch die CDU bleibt am Ball: Bis heute haben wir dem Land NRW in 2010 und 2011 gegenüber der ursprünglichen Planung fast sieben Milliarden Euro zusätzliche Schulden erspart. Wir erwarten, dass sich Rot-Grün weiter bewegen wird.“ ■



Revision des KiBiz startet – Land entlastet Städte, Eltern und Kitas



Die von SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geführte Landesregierung hat den Entwurf für die erste Stufe der Revision des sogenannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschlossen. Nach einigen Monaten intensiver Debatten und Vorarbeiten beginnt nun die grundlegende Umgestaltung der Kinderbetreuung. Ab dem 1. August 2011 soll zunächst das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt werden. Darüber hinaus sollen landesweit 1.000 zusätzliche Stellen für Jahrespraktikanten finanziert und für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen jährlich weitere 150 Millionen Euro bereitgestellt werden. Für die Qualitätsverbesserung und das freie Beitragsjahr wird das Land jährlich 240 Millionen Euro in die Hand nehmen. In Verbindung mit den Investitionszuschüssen werden so die Städte, die Eltern und die Beschäftigten in den Kitas entlastet.

Warum die SPD im Düsseldorfer Landtag diese Maßnahmen für notwendig erachtet, beantwortet eine neue Broschüre der SPD-Fraktion, die ab sofort erhältlich ist. Das 24-seitige Heft beschäftigt sich auch mit den weiteren Baustellen des alten Kinderbildungsgesetzes: In der zweiten Stufe steht das komplizierte und praxisferne Finanzierungssystem insgesamt auf dem Prüfstand. Zudem ist die Sprachförderung in dem alten Gesetz der schwarz-gelben Vorgängerregierung falsch geregelt und muss in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten in den Kitas neu konzipiert werden. Die Broschüre „10 Fragen und Antworten rund um die Revision des KiBiz“ kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de ■



EU-Strukturpolitik nachhaltig, ökologisch und gerecht ausrichten

Die Ziele der EU-Strukturpolitik sind die Verminderung regionaler Unterschiede und die Förderung von Innovationen, Wettbewerb und nachhaltigem Wachstum. Für die neue Förderperiode ab 2014 gilt es, eine notwendige Neuausrichtung dieser Ziele vorzunehmen. Wir halten es für erforderlich, diese zukünftig stärker an den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen zu orientieren. Dies sind etwa die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, die



Förderung von ökologisch nachhaltigem Wachstum, Klimaschutz, Gerechtigkeit und Chancengleichheit, die

Umstellung auf erneuerbare Energien sowie eine ökologische Modernisierung der Industrie. Dazu hat die Grüne Fraktion einen 16 Eckpunkte umfassenden Fraktionsbeschluss gefasst.

Voraussetzung hierfür ist, dass die Strukturpolitik auch zukünftig als eine „Politik für alle Regionen“ angelegt wird und im Sinne einer solchen Grundkonzeption das Ziel 2 „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ als einen substantieller Förderschwerpunkt beibehalten wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass die zukünftige Ausrichtung des Europäischen Sozialfonds so ausgestaltet wird, dass Aus- und Weiterbildung verstärkt in den Mittelpunkt treten, um Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig und nachhaltig zu verhindern. Das Erreichen der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Arbeitsleben, u. a. durch Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und zur Reduzierung geschlechtsspezifischer Unterschiede bei „Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Entgelt“, muss weiterhin Ziel sein und durch entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Die besonderen Belange von Kommunen, die in der Haushaltssicherung stecken, müssen in die Ausgestaltung der zukünftigen Strukturpolitik Eingang finden, um auch diesen Kommunen eine faire und gleichrangige Programmteilnahme zu ermöglichen. Eine Programmumsetzung, die Kommunen faktisch ausschließt, die den von ihnen zu erbringenden Eigenanteil (aus haushaltsrechtlichen Gründen) nicht erbringen können, ist für uns nicht akzeptabel. ■



FDP-Fraktion: Dichtheitsprüfung bürgerfreundlicher gestalten

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine bürgerfreundliche und pragmatische Lösung bei der Dichtheitsprüfung privater Hausanschlüsse ein. Die Belastungen für die Bürger, die durch die landesweit gesetzlich geregelte Dichtheitsprüfung anfallen, stehen aus Sicht der FDP nicht im Verhältnis zum Nutzen, der sich aus einer solchen Prüfung ergibt, erklärt der umweltpolitische Sprecher, Kai Abrusatz. „Bei einer solchen Maßnahme müssen gerade soziale Belange beachtet werden. Rentner und Familien, die sich nur durch erhebliche Anstrengungen ein Eigenheim leisten können, werden durch zusätzliche Kosten belastet.“

Die derzeitige Regelung sieht vor, dass bis 2015 alle privaten Hausanschlüsse überprüft werden müssen. In Anbetracht der Belastungen für Hauseigentümer durch höhere Grunderwerbssteuer, energetische Sanierung und Stromkosten setzt sich die FDP dafür ein, die starren Fristen aufzuheben. Die Landtagsfraktion fordert, die Dichtheitsprüfung in ihrer jetzigen Form auszusetzen.

Abrusatz bekräftigt: „Fast alle anderen Bundesländer verzichten auf eine solche Prüfung. Der nordrhein-westfälische Sonderweg bei der Dichtheitsprüfung muss deshalb ein Ende haben.“ Die FDP fordert, die Dichtheitsprüfung künftig nach niedersächsischem Vorbild umzusetzen und den Kommunen die Hoheit über ihre Abwassersatzungen zurückzugeben. „Wir wollen, dass auch Nordrhein-Westfalen eine bürgerfreundliche Lösung in den Kommunen und nah bei den Menschen bekommt“, betont Abrusatz. Die bislang gültigen starren Fristen bei der Dichtheitsprüfung privater Abwasseranlagen in NRW müssten daher aufgehoben werden. ■



Kai Abrusatz (FDP)



Landesregierung muss Gefahr durch rechte Gewalt endlich ernst nehmen!



Anna Conrads (Linke)

In der Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf die Große Anfrage, die Anna Conrads zum Thema Neofaschismus in Nordrhein-Westfalen eingereicht hatte, steht es schwarz auf weiß: Seit langem kommt es in NRW zu rund 4.000 bis

5.000 rechten Straftaten jährlich! Darunter sind etwa 150 Opfer rechter Gewalttaten, die Dunkelziffer dürfte höher liegen. NRW rangiert damit bundesweit ganz vorne.

Schwerpunkte der Rechten sind Aachen und Dortmund. Dort kommt es regelmäßig zu massiven Bedrohungen und Gewalttaten durch Rechtsextreme. Die rot-grüne Minderheitsregierung scheint dies jedoch nicht sonderlich zu beeindrucken. Es finden sich zahlreiche Lücken und Untertreibungen in der Antwort.

Anna Conrads hatte unter anderem gefragt, wie viele Menschen genau zwischen 1995 und 2010 in Nordrhein-Westfalen von Neonazis ermordet wurden. Die Antwort ist ernüchternd. So sind für besagten Zeitraum einzig zwei Tötungsdelikte und acht versuchte Morde in der Statistik des Landeskriminalamtes erfasst worden.

Nicht als politischer Mord gewertet werden indes die Erschießung von drei Polizeibeamten durch den Dortmunder Neofaschisten Michael Berger im Jahr 2000 sowie der Mord am Punk Thomas Schulz, der 2005 vom Neonazi Sven Kahlin in Dortmund erstochen worden war. Dabei ist ein neofaschistischer Hintergrund bei allen besagten Fällen gegeben.

Die Mobilisierungspotenziale der Szene werden deutlicher geringer angegeben, als engagierte BürgerInnen vor Ort dies einschätzen. Einschlägige Schmierereien und Sachbeschädigungen an Wohnungen und Autos finden als solche häufig keinen Eingang in die polizeilichen Statistiken.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, die Bedrohung, die von Neofaschisten in NRW ausgeht, ernst zu nehmen. Außerdem fordern wir SPD und Grüne auf, endlich fachgerechte Beratungsstellen für die Opfer von rassistischer und neofaschistischer Gewalt einzurichten. ■



Teurere Töne

Kritik an Reform der Rundfunkgebühr

7. April 2011 – Ab 2013 soll die Rundfunkgebühr einfacher und gerechter werden: Das neue Konzept sieht vor, dass alle Haushalte und Firmen eine einheitliche Gebühr zahlen, unabhängig davon, ob und welche Empfangsgeräte vorhanden sind. Damit entfielen künftig die geräteabhängige Rundfunkfinanzierung. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Haupt- und Medienausschuss (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD) stieß das Reformvorhaben bei Sachverständigen aus Datenschutz-, Sozialverbänden, Industrie und Handwerk auf Kritik.

Von Seiten der Rundfunkanstalten gab es Lob für die geplante Reform der Rundfunkgebühren und das neue Gebührenmodell als „einfach, fair und gerecht“. WDR-Intendantin Monika Piel wies darauf hin, dass insgesamt 1,5 Millionen Menschen durch den Systemwechsel entlastet würden. „Der neue Beitrag ist familienfreundlich, da die Mehrfachgebührenpflicht für Haushaltsangehörige mit eigenem Einkommen entfällt. Auch nichteheliche Lebenspartner und Wohngemeinschaften, die sich auf die heutige Zweitgerätefreiheit (für Ehegatten) nicht berufen können, zahlen künftig nur noch einen Wohnungsbeitrag.“

Als im Kern positiv wertete ebenso Prof. Dr. Bernd Holznapel von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster die Neuregelung. Mit dem neuen Rundfunkgebührenmodell, so der Informations- und Medienrechtsex-

perte, würde das Datenerhebungsverfahren in Zukunft deutlich vereinfacht, da die Ermittlung von Art und Zahl der Empfangsgeräte in den Wohnungen und Betriebsstätten entfielen. Damit einher gehe eine Senkung des Verwaltungsaufwands und auch der Verwaltungskosten. Holznapel merkte allerdings an, dass die Umsetzung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags Personen, die ausschließlich über das Internet Rundfunkangebote in Anspruch nehmen, mehr als bisher belasten könne. „Sie müssen zukünftig den vollen Rundfunkbeitrag zahlen. Dies könnte dazu führen, dass es im Vollzug des Vertrags zu Akzeptanz- und Durchsetzungsschwierigkeiten kommt.“

Bei Sachverständigen aus Datenschutz-, Sozialverbänden, Industrie und Handwerk stieß die geplante Reform der Rundfunkgebühren auf Kritik. Neben einer höheren Beitragsgerech-

tigkeit betraf dies zum Beispiel das vorgesehene Ziel, auch die Beitragserhebung datenschutzgerechter zu machen. In ihrer Stellungnahme erklärte die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in Nordrhein-Westfalen allerdings, dass diese Absicht durch den vorgelegten Staatsvertragsentwurf verfehlt werde: „Der Entwurf trägt den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Direkterhebung, der Datensparsamkeit und -vermeidung nicht ausreichend Rechnung und sieht weitgehende Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht großer Teile der Bevölkerung vor.“

STÄRKERE BELASTUNGEN?

Der Spitzenverband der Behinderten-Selbsthilfe in NRW kritisierte besonders, durch den Gesetzesentwurf würden künftig ausgerechnet behinderte Menschen deutlich stärker belastet. Leistungsfähige behinderte Menschen müssten künftig ein Drittel der Gebühren zahlen, sofern sie nicht (durch Sozialhilfe- oder Grundsicherungsbezug) von der Gebühr befreit seien. Dies betreffe etwa eine halbe Million Menschen. Bislang sind schwerbehinderte Menschen von der Entrichtung einer Rundfunkgebühr befreit.

Dr. Stephan Wimmers (Industrie- und Handelskammer NRW) unterstellte dem neuen Rundfunkfinanzierungsmodell „ordnungspolitische Schwächen“ und hob hervor, dass das Modell den Medienkonsumenten in mehrfacher Hinsicht betreffe, nicht nur als Bürger, sondern auch als Unternehmer sowie als Nutzer von Einrichtungen mit einer Kostenumlage für den Medienkonsum – wie Hotels und andere mehr. „Wichtig ist, dass man den Mittelstand entlastet und nicht belastet“, so Wimmers. „Der Systemwechsel ist unternehmerfeindlich“, meinte auch Michael Brabec vom Bundesverband der Autovermieter Deutschlands. Brabec betonte mit Nachdruck, dass die Rundfunkgebührenlast der Autovermietungsbranche bereits unter dem gegenwärtigen Rundfunkfinanzierungsmodell „unverhältnismäßig hoch“ sei. „Eine Umsetzung des nunmehr beschlossenen Gebührenmodells würde zu einer weiteren Erhöhung dieser Belastung führen.“

Gordana Zečić

Im vergangenen Jahr unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Länder den 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Zum Inkrafttreten bedarf der Entwurf noch der Ratifizierung durch die Landtage.

Porträt: Reiner Priggen (Grüne)



Ausgerechnet gelbe Fenster: Gelbe Fensterrahmen haben Reiner Priggen zu den Grünen gebracht. „In Ostwestfalen reichte das 1984 schon, um als alternativ zu gelten“, lacht Priggen, der heute Vorsitzender der 23-köpfigen grünen Landtagsfraktion ist. „Irgendwann stand ein Elektriker aus dem Nachbardorf vor der Tür und erzählte, er wolle einen Ortsverband der Grünen gründen“, sagt der 58-Jährige – „und hat gefragt, ob ich mitmachen will.“

Nach Kalletal in Ostwestfalen hatte den im emsländischen Sögel geborenen Priggen ein Job gebracht. Nach Abitur und Zivildienst in Münster und einem Maschinenbau-Studium in Aachen arbeitete er dort bis 1991 bei einem auf Kältetechnik spezialisierten Mittelständler. Ganz Nordrhein-Westfalen habe er so kennengelernt, schwärmt der Diplom-Ingenieur: „Ob in Stahlwerken, Kokereien, Walzwerken – die Hitzeabstrahlung ist enorm. Um die Arbeitsbedingungen erträglich zu machen, wird Kälte überall gebraucht.“

Auch seine ersten politischen Erfahrungen machte Priggen in Ostwestfalen. Schon ein Jahr nach seinem Parteieintritt saß er ab 1985 für die Grünen in der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe, der nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verwaltung des ehemaligen Vermögens der lippischen Fürsten gegründet worden war. Anschließend war er von 1989 bis 1991 Vorsitzender der grünen Kreistagsfraktion. „Das ist das Risiko bei den Grünen“, ironisiert der Fraktionschef seinen schnellen parteiinternen Aufstieg: „Schon in den 80er-Jahren hatten die einen unheimlichen Bedarf an Leuten.“

Priggen aber wechselte trotzdem zurück nach Aachen: Bei einem Besuch in der Wohngemeinschaft seiner Studentenzeits hatte er seine spätere Frau Gisela Nacken kennengelernt. „Meine Frau ist eingefleischte Rheinländerin – und hat mir erklärt, dass sie in Ostwestfalen nicht leben kann“, sagt der Vater einer 19-jährigen Tochter und eines 16-jährigen Sohns. „Also bin ich umgezogen.“

Extrem anstrengend sei die Zeit nach der Geburt der beiden Kinder gewesen, erinnert sich

Priggen noch heute – auch Gisela Nacken war bei den Grünen aktiv. Die heutige Umweltdezernentin der Stadt Aachen war von 1990 bis 1999 Landtagsabgeordnete der Grünen, amtierte ab 1995 nach Bildung der ersten rot-grünen Koalition des Sozialdemokraten Johannes Rau zusammen mit Roland Appel als Fraktionssprecherin. Und ihr Mann wurde für viele Jahre Parteichef – von 1994 bis 2000 war Priggen Sprecher des grünen Landesverbands. „Die haben wieder jemanden gebraucht“, gibt er sich bescheiden.

Trotzdem klingt noch jetzt ein wenig Schrecken mit, wenn er von den damaligen „Qual-Koalitionen“ mit der SPD spricht: Schließlich stritten Sozialdemokraten und Grüne leidenschaftlich nicht nur über Verkehrsprojekte wie den Flughafen ausbau etwa in Dortmund und Münster, den Weiterbau von Autobahnen wie der A1 in der Eifel und später über das gescheiterte Lieblingsprojekt des Rau-Nachfolgers Wolfgang Clement – die Magnetschwebbahn „Metrorapid“.

Umstritten war auch die Wirtschafts- und Energiepolitik. Braunkohlentagebau wie Garzweiler im Rheinland und die Steinkohlesubventionen sorgten ebenso für Koalitionskrisen wie die grüne Forderung nach mehr Müll-Recycling – und Priggen, der erstmals 2000 für die Grünen in den Landtag einzog und deren Energieexperte wurde, war fast immer dabei.

Sein Spezialgebiet Energie begreift der Grüne noch immer als politische Schlüsselfrage. „Nicht erst seit der Atom-Katastrophe von Fukushima“ sei die vom ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler geforderte „industriell-ökologische Revolution“ unvermeidlich, mahnt Priggen, der von 2006 bis 2008 Vorsitzender der ersten Enquetekommission eines Landtags war, die sich mit den Folgen stark steigender Öl- und Gaspreise für Wirtschaft und Verbraucher auseinandersetzte.

Als Fraktionschef in der rot-grünen Minderheitskoalition von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft aber vermeidet Priggen heute jede Provokation der Sozialdemokraten – und das, obwohl sein Pendant, der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer, als ausdrücklicher Kohle-Unterstützer gilt. „Der Ausstieg aus der Steinkohle ist beschlossene Sache“, sagt Priggen dazu nur.

Der Diplom-Ingenieur, der vor den Wahlen 2010 auch eine schwarz-grüne Koalition mit der CDU für denkbar hielt, versteht sich als Pragmatiker. Zwar hätte er als „Fossil der Fraktion“ jederzeit ein Ministeramt beanspruchen können – doch Priggen entschied sich für den Fraktionsvorsitz. „Orientierung und Unterstützung“ will er vor allem den 13 jüngeren Grünen anbieten, die zum ersten Mal ein Landtagsmandat angetreten haben. „Minister will ich nicht mehr werden“, sagt er und lacht schon wieder.

Andreas Wyputta

Über Landesgrenzen hinaus informiert

Wer sich über die Politik nicht nur in NRW, sondern auch in anderen Bundesländern informieren möchte, kann auf ein umfassendes Informationsportal zurückgreifen: den Parlamentsspiegel. Unter www.parlamentsspiegel.de lassen sich parlamentarische Dokumente ab 1980 abrufen und gezielt recherchieren. Damit werden politische Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern vergleichbar. Kernaufgabe des Parlamentsspiegels ist es, der Politik und Öffentlichkeit gute Voraussetzungen für eine begründete Entscheidungsfindung zu schaffen.

NOCH NUTZERFREUNDLICHER

In jährlichen Redaktionssitzungen werden Arbeitsvorhaben und Planungen mit den Dokumentationen der Landtage abgestimmt. Zur diesjährigen Tagung am 6. und 7. April 2011 wurde zudem der neue Internetauftritt des Parlamentsspiegels vorgestellt und freigeschaltet. Das Informationsportal präsentiert sich nun noch nutzerfreundlicher, führt den Suchenden durch einen übersichtlichen Aufbau, klare Strukturen, Zusatzinformationen, Hilfeangebote und in allgemeinverständlicher Sprache zu den Dokumenten. Diese sind inhaltlich erschlossen, so dass Nutzerinnen und Nutzer auch nach Schlagworten oder Sachgebieten, nach Initiativen einzelner Fraktionen oder Abgeordneter suchen können. Das länderübergreifende Management des Parlamentsspiegels ist beim Landtag NRW angesiedelt. Fast 30 Jahre an der Spitze des Parlamentsspiegels war Guido Köhler, der nun verabschiedet wurde. sow

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 13. April bis 17. Mai 2011

| | |
|---|----|
| 19.4. Rüße, Norwich (Grüne) | 45 |
| 20.4. Prof. Dr. Dr. Sternberg, Thomas (CDU) | 59 |
| 23.4. Düker, Monika (Grüne) | 48 |
| 27.4. Yüksel, Serdar (SPD) | 38 |
| 30.4. Mostofizadeh, Mehrdad (Grüne) | 42 |
| 30.4. Hübner, Michael R. (SPD) | 38 |
| 2.5. Deppe, Rainer (CDU) | 55 |
| 4.5. Wimmer, Wiljo (CDU) | 50 |
| 5.5. Löttgen, Bodo (CDU) | 52 |
| 7.5. Pieper-von Heiden, Ingrid (FDP) | 63 |
| 9.5. Solf, Michael (CDU) | 65 |
| 9.5. Zimkeit, Stefan (SPD) | 47 |
| 9.5. Ott, Jochen (SPD) | 37 |
| 10.5. Hahnen, Uli (SPD) | 59 |
| 10.5. Akbayir, Hamide (Linke) | 52 |
| 11.5. Voigt-Küppers, Eva (SPD) | 53 |
| 12.5. Ortgies, Friedhelm (CDU) | 61 |
| 15.5. van Dinther, Regina (CDU) | 53 |
| 16.5. Dr. Papke, Gerhard (FDP) | 50 |

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

| | |
|-----------------------------------|----|
| 20.4. Rickers, Elsbeth (CDU) | 95 |
| 20.4. Friebe, Ingeborg (SPD) | 80 |
| 12.5. Wilde, Johannes (CDU) | 75 |
| 14.5. Klaps, Hans (SPD) | 75 |
| 17.5. Spellerberg, Bernhard (CDU) | 80 |

Treffen & Termine

6. bis 27. Mai 2011 **Ausstellung** „Oberschlesier in der deutschen und polnischen Fußball-Nationalmannschaft“

9. Mai 2011 **Veranstaltung** der Europa-Union Deutschland Europäische Bewegung NRW zum Europatag 2011

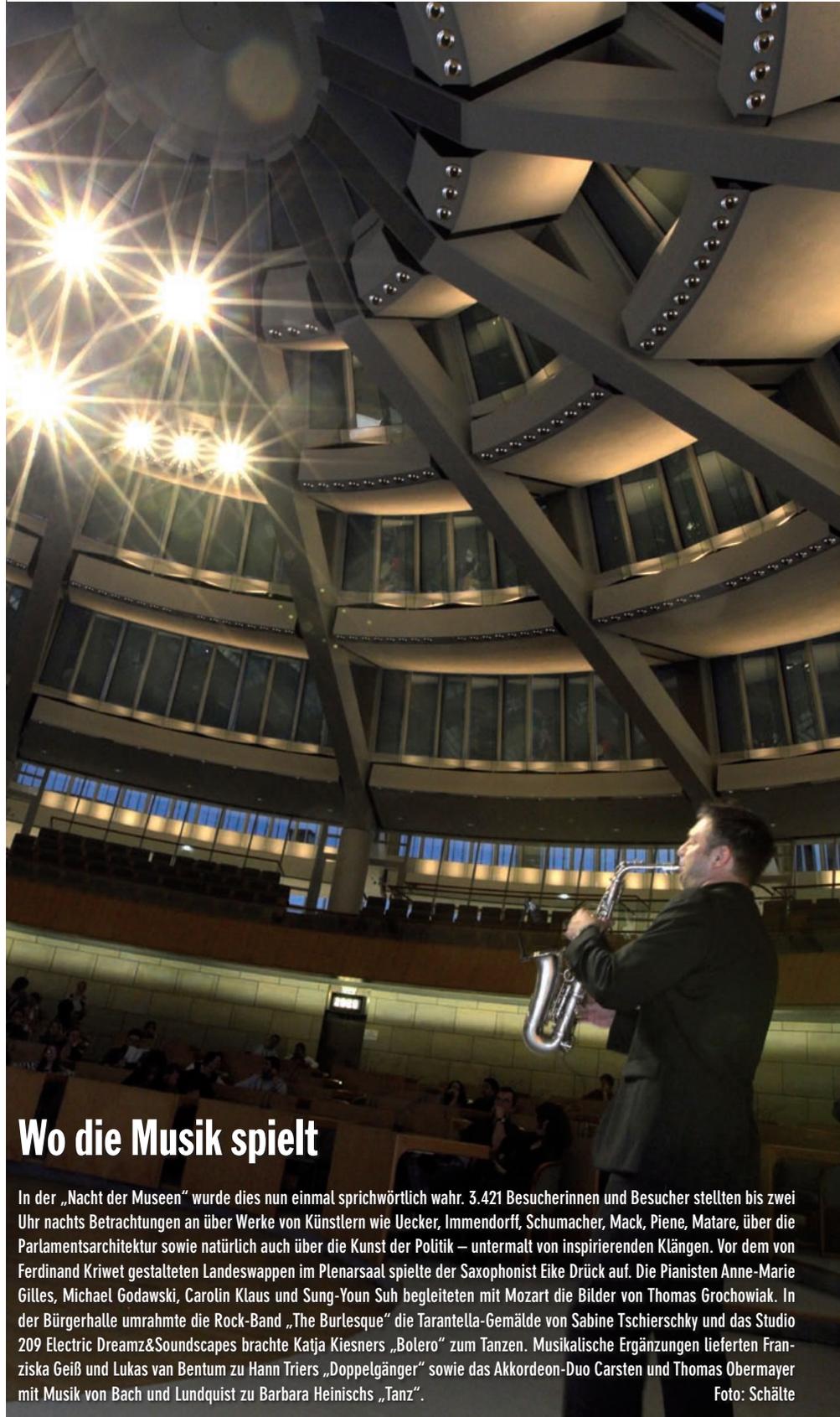
11. Mai 2011 **Empfang** der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der IntegraTour 2011 (Schüler-Staffellauf des Landschaftsverbandes Rheinland in mehreren Etappen durch das Rheinland)

17. April bis 15. Mai 2011 **Ausstellung** mit Bildern von Udo Tschorn

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 14. April 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Wo die Musik spielt

In der „Nacht der Museen“ wurde dies nun einmal sprichwörtlich wahr. 3.421 Besucherinnen und Besucher stellten bis zwei Uhr nachts Betrachtungen an über Werke von Künstlern wie Uecker, Immendorff, Schumacher, Mack, Piene, Matare, über die Parlamentsarchitektur sowie natürlich auch über die Kunst der Politik – untermalt von inspirierenden Klängen. Vor dem von Ferdinand Kriwet gestalteten Landeswappen im Plenarsaal spielte der Saxophonist Eike Drück auf. Die Pianisten Anne-Marie Gilles, Michael Godawski, Carolin Klaus und Sung-Youn Suh begleiteten mit Mozart die Bilder von Thomas Grochowiak. In der Bürgerhalle umrahmte die Rock-Band „The Burlesque“ die Tarantella-Gemälde von Sabine Tschierschky und das Studio 209 Electric Dreamz&Soundscapes brachte Katja Kiesners „Bolero“ zum Tanzen. Musikalische Ergänzungen lieferten Franziska Geiß und Lukas van Bentum zu Hann Triers „Doppelgänger“ sowie das Akkordeon-Duo Carsten und Thomas Obermayer mit Musik von Bach und Lundquist zu Barbara Heinischs „Tanz“.

Foto: Schälte